

EDITORIAL

Kulturelle Vielfalt, Integration und Wirtschaft

Seit April 2005 forscht eine internationale und interdisziplinäre Studiengruppe, geleitet vom HWWI und gefördert von der VolkswagenStiftung, für die Dauer von drei Jahren über „Kulturelle Vielfalt, Integration und Wirtschaft“. Untersuchungsgegenstand der Studiengruppe sind die wirtschaftlichen Effekte kultureller Vielfalt in den jeweiligen Einwanderungsländern. Im Projekt werden zwei Fragenkomplexe analysiert: 1) Wie beeinflusst die kulturelle Vielfalt den individuellen Arbeitsmarkterfolg von Zuwanderern sowie die Produktivität, Innovationsfähigkeit und das Wachstum in der Zuwanderungsregion? sowie 2) Welchen Einfluss nehmen die rechtlichen Rahmenbedingungen in den Zuwanderungsregionen auf die wirtschaftlichen Effekte kultureller Vielfalt?

Die ersten Forschungsergebnisse stellt Annetrin Niebuhr vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB Nord) vor, die Mitglied der Studiengruppe ist. Weitere Publikationen und ausführliche Informationen zum Projekt finden Sie unter: <http://www.migration-research.org/diversity>. ST

IN DIESER AUSGABE

Kulturelle Vielfalt und regionale Innovationsfähigkeit Seite 1/2

Die zukünftige Entwicklung auf den Wohnungsmärkten in Deutschland Seite 3

Neue Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den AKP-Staaten und der EU Seite 4

INNOVATIONEN

Kulturelle Vielfalt und regionale Innovationsfähigkeit

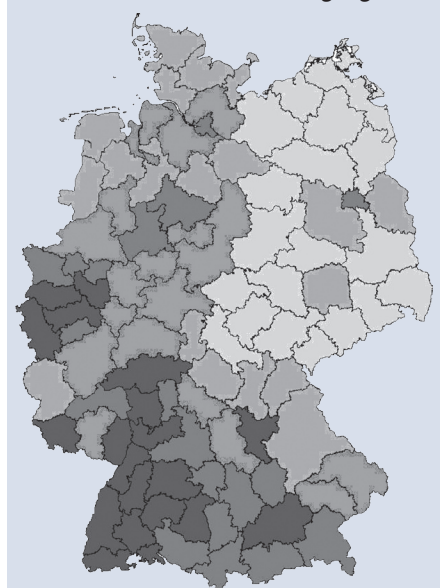
Die Zuwanderung von Arbeitskräften wird aufgrund der demographischen Veränderungen in Europa erheblich an Bedeutung gewinnen. Erkenntnisse über die wirtschaftlichen Effekte der Migration sind aber immer noch begrenzt. Ein Forschungsprojekt untersucht die Auswirkungen der kulturellen Vielfalt der Arbeitskräfte auf die Innovationsfähigkeit von Regionen. Von Annetrin Niebuhr

Aktuelle Ergebnisse des Mikrozensus zeigen, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund besitzt. Im Jahr 2005 lebten mehr als 15 Millionen Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund in Deutschland. Für die Wirtschaft sind ausländische Arbeitskräfte ein nicht zu unterschätzender Faktor. Fast 7% der Beschäftigten haben keinen deutschen Pass, und mehr als 100.000 hoch qualifizierte Ausländer mit einem Hochschulabschluss arbeiten gegenwärtig in Deutschland. Trotz der zunehmenden Bedeutung der Zuwanderung sind Erkenntnisse über die ökonomischen Auswirkungen immer noch begrenzt. Die von der VolkswagenStiftung geförderte Studiengruppe „Kulturelle Vielfalt, Integration und Wirtschaft“ untersucht die Wirkungen kultureller Vielfalt der Bevölkerung auf die Produktivität und das Wachstum in Deutschland. Aktuell ist eine Studie entstanden, die sich mit der Frage beschäftigt, wie kulturelle Vielfalt der Arbeitskräfte die Innovationsleistung von Regionen beeinflusst.

Die wirtschaftlichen Effekte der Zuwanderung hängen entscheidend davon ab, inwieweit die Fähigkeiten und Kenntnisse der einheimischen Arbeitskräfte mit jenen der zugewanderten Erwerbsbevölkerung übereinstimmen. Relevant sind in

diesem Zusammenhang aber nicht nur Unterschiede im Qualifikationsniveau, sondern auch spezielles Wissen und Fähigkeiten, die unmittelbar auf den kulturellen Hintergrund der Arbeitkräfte zurückzuführen sind. Gerade für die Entwicklung neuer Ideen und Produkte kann das Zusammenreffen von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln sehr wichtig sein. Die Natur des Innovationsprozesses erfor-

Kulturelle Vielfalt der Beschäftigung, 2000



□ sehr niedrig
■ niedrig
■ mittel
■ hoch
■ sehr hoch

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

dert Informationsaustausch und ein Pooling verschiedener Ideen und Fähigkeiten. Entscheidend ist für die Innovationsfähigkeit, inwieweit sich das Wissen und die Talente der beteiligten Menschen ergänzen. Neben positiven Effekten kann kulturelle Vielfalt aber auch mit Kosten verbunden sein, wenn beispielsweise der Informationsaustausch durch Sprachbarrieren behindert wird. Ziel des Forschungsvorhabens ist es, festzustellen, ob die Vorteile der Vielfalt die negativen Effekte übersteigen.

Untersucht wird die Bedeutung der kulturellen Vielfalt für die innovative Leistungsfähigkeit auf der Grundlage der so genannten „knowledge production function“, die dem Innovationsoutput einer Region den eingesetzten Forschungs- und Entwicklungsaufwand (FuE) gegenüberstellt. Daten liegen für einen Querschnitt deutscher Regionen im Zeitraum zwischen

1998 und 2000 vor. Die Innovationsleistung der Regionen wird anhand der Patentanmeldungen gemessen. Informationen zum Umfang der FuE-Aktivitäten basieren auf einer Befragung des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft zu FuE-Personal und -aufwendungen. Um die Wirkung kultureller Vielfalt auf die Innovationsfähigkeit zu ermitteln, wird in die „knowledge production function“ neben dem FuE-Aufwand auch ein Indikator für kulturelle Vielfalt der Beschäftigung als Einflussfaktor aufgenommen. Darüber hinaus werden weitere potentielle Determinanten der Innovationsleistung, wie die Wirtschaftsstruktur der Region, ihre Betriebsgrößenstruktur oder die Humankapitalausstattung, als Kontrollgrößen berücksichtigt.

Die kulturelle Vielfalt der Arbeitskräfte wird mit Daten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung differenziert nach Nationalität und Ausbildungsniveau aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit abgebildet. Es werden mehr als 200 Nationalitäten und 3 Qualifikationsstufen (ohne abgeschlossene Berufsausbildung, mit abgeschlossener Berufsausbildung, Hochschulabschluss) unterschieden. Die Diversität wird durch ein Konzentrationsmaß gemessen, in das die Beschäftigungsanteile der Nationalitäten auf den verschiedenen Qualifikationsniveaus eingehen. Die Kennziffer berücksichtigt sowohl die Zahl der Nationalitäten als auch die Gleichmäßigkeit der Verteilung, d. h. inwieweit sich die regionale Beschäftigung gleichmäßig auf die verschiedenen Nationalitäten verteilt.

Wie anhand der Grafik (S. 1) deutlich wird, ist die kulturelle Vielfalt der Beschäftigung durch erhebliche regionale Disparitäten gekennzeichnet. Die höchsten Werte werden erwartungsgemäß für die großen Agglomerationsräume in Westdeutschland ermittelt – für Stuttgart, München und das Rhein-Main-Gebiet. Besonders niedrig ist dagegen die Diversität in Ostdeutschland, vor allem in den ländlich peripheren Regionen. Grundsätzlich weisen die weniger ver-

dichteten Gebiete eine geringere Vielfalt auf als die hoch verdichteten Agglomerationsräume.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse deuten darauf hin, dass von der kulturellen Vielfalt der Beschäftigung ein positiver Impuls auf die regionale Innovationsfähigkeit ausgeht. Im Hinblick auf die Produktivität des Innovationsprozesses überwiegen die Vorteile der Vielfalt also offenbar ihre Kosten. Der positive Einfluss ist für alle Qualifikationsniveaus festzustellen. Dennoch weisen Unterschiede in den Resultaten darauf hin, dass die Ausbildung der Beschäftigten für die Wirkung der Vielfalt von Bedeutung ist. Die stärksten Effekte auf das Innovationsergebnis werden für die Diversität unter den Hochqualifizierten ermittelt.

Zusammenfassend lassen die Analyseergebnisse vermuten, dass die kulturelle Vielfalt der Arbeitskräfte in der Tat relevant für Innovationsprozesse auf der regionalen Ebene ist. Das Wissen und die Fähigkeiten von Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund ergänzen sich demnach bei FuE-Aktivitäten. Der positive Effekt, der von dieser Komplementarität ausgeht, fällt stärker aus als negative Impulse, die z. B. auf Sprachbarrieren zwischen Arbeitskräften unterschiedlicher Nationalität basieren können. Festzustellen ist weiterhin, dass die Ausbildung der Arbeitskräfte von Bedeutung ist. Vor allem von der kulturellen Vielfalt unter den Beschäftigten mit Hochschulabschluss gehen günstige Effekte aus. Im Hinblick auf die Integrationspolitik in Deutschland unterstreichen die Ergebnisse somit die Bedeutung des Bildungsbereichs und der Arbeitsmarktintegration für die Realisierung der wirtschaftlichen Vorteile der Zuwanderung.

HWWI im Dialog | VORTRAG

Mehr als Handel und Hafen: Hamburgs Zukunft ist die kreative Stadt

Referent: **Dr. Willfried Maier**

Stellvertretender Vorsitzender der GAL-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg
Mittwoch, 8. November 2006, 17 Uhr

Perspektiven für Hamburg – Eine Hanse der Neuzeit im Kontext der Globalisierung

Referent: **Dr. Jürgen Hogeforster**

Hauptgeschäftsführer a.D. der Handwerkskammer Hamburg, Vorsitzender des Hanse-Parlaments
Montag, 11. Dezember 2006, 17 Uhr

Veranstaltungsort: HWWI, Neuer Jungfernstieg 21, Hamburg, Raum 519

Weitere Informationen und Anmeldung unter: <http://www.hwwi.org>.

HWWI RESEARCH PAPER

Annekatrien Niebuhr: Migration and Innovation. Does Cultural Diversity Matter for Regional R&D Activity? HWWI Research Paper 3-1, Hamburg, July 2006.

Die zukünftige Entwicklung auf den Wohnungsmärkten in Deutschland

Die Bevölkerungsanteile älterer und jüngerer Menschen in Deutschland werden sich in den nächsten Jahrzehnten erheblich verschieben. Damit gehen Veränderungen von Haushaltstrukturen einher. Welche Folgen werden sich daraus für die Wohnungsmärkte ergeben?

Von Michael Bräuninger und Alkis Otto

Die anstehenden demographischen Veränderungen werden bis zum Jahre 2030 erhebliche Auswirkungen auf die Immobilienmärkte haben. Dabei können die durch niedrige Fertilität und steigende Lebenserwartung vorgegebenen Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung durch Zu- oder Abwanderung in einzelnen Regionen erheblich verstärkt oder auch umgekehrt werden. In der HWWI/Berenberg Bank-Studie (s. Kasten) wird ein regionalspezifisches Prognosemodell für die Immobilienmärkte entwickelt. Mit diesem werden Preisprognosen für Immobilien bis 2020 erstellt, wobei der Immobilienmarkt im Osten des Landes wegen der erst seit kurzem bestehenden marktwirtschaftlichen Strukturen nicht berücksichtigt wird.

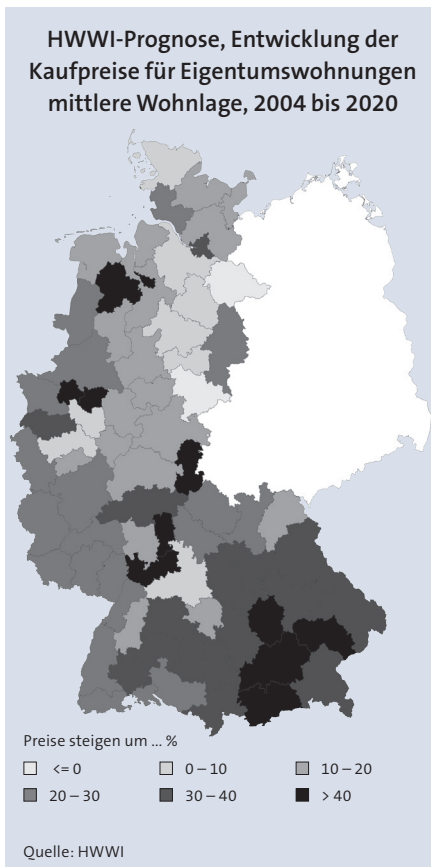
In der Prognose wird die Nachfrageentwicklung auf dem Immobilienmarkt durch die Entwicklung der Haushaltszahlen und -struktur sowie das Einkommenswachstum beeinflusst. Dabei ist die Haushaltsstruktur, d. h. die Anzahl von Haushalten bestimmter Größenklassen, entscheidend für den Einkommensanteil, der für Mieten verwendet wird. Die hier zugrunde gelegte Prognose der Ausgaben für Mieten basiert auf Vorhersagen des Einkommens, welches durch das regionale Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen wird, und der Haushaltsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) für die westdeutschen Raumordnungsregionen. Eine Erhöhung der Ausgaben für Mieten führt bei gegebenem Angebot zu Preissteigerungen für Wohnimmobilien. Diese machen den Neubau von Häusern und Wohnungen attraktiv. Sofern Abgänge (durch Abrisse oder Umbauten) nicht die Neubauaktivität übertreffen, steigt damit der Wohnungsbestand. Die Bestandsausweitung führt zu einer proportionalen Preis senkung.

Die untere Grafik zeigt die auf dem Modell basierende Prognose des realen Wachstums der Kaufpreise (Quadratmeterpreise) für Eigentumswohnungen in mittlerer Wohnlage in Westdeutschland im Zeitraum 2004 bis 2020. Auffällig ist die überdurchschnittlich starke Entwicklung der Kaufpreise in Süddeutschland. Insbesondere in den Raumordnungsregionen Bayerns beträgt der prognostizierte reale Preisanstieg in der Regel über 30%, in der Region München und angrenzenden Regionen teils sogar über 40%. Im Westen des alten Bundesgebietes werden sich die Preise dem Modell zufolge mit 20-30% Preiszuwachs vergleichsweise moderat entwickeln. Äußerst geringe Preissteigerungen werden hingegen für weite Teile Schleswig-Holsteins, Niedersachsens, die daran angrenzenden Regionen Nordrhein-West-

falens und Hessens erwartet. Eine Ausnahme bilden hier die Großräume einiger Großstädte, wie Hamburg, Bremen oder Frankfurt.

Für die Prognoseergebnisse erweisen sich zwei Haupteinflüsse als bedeutsam. Auf der Nachfrageseite wird das Ergebnis maßgeblich durch die unterstellte Entwicklung der Ausgaben der Haushalte einer Region für Wohnungen beeinflusst. Eine Zunahme der Wohnausgaben der Haushalte führt tendenziell, d. h. solange das Wohnangebot nicht proportional ausgeweitet wird, zu höheren Immobilienpreisen.

Auf der Angebotsseite spielt hingegen die zwischen den Raumordnungsregionen unterschiedlich ausfallende Größe von Neubauten eine Rolle. Vergleicht man exemplarisch die Freie und Hansestadt Hamburg, die eine eigene Raumordnungsregion darstellt, mit der Raumordnungsregion Emsland, so fällt auf, dass die prognostizierten Wohnausgaben der Haushalte bis zum Jahr 2020 im Emsland mit einem Zuwachs von etwa 52% stärker zunehmen als in der Hansestadt mit prognostizierten 40% Zuwachs. Gleichwohl nehmen die Preise für Wohnimmobilien im gleichen Zeitraum in Hamburg um gut 37% zu, während sie in der Raumordnungsregion Emsland um lediglich 27% zulegen. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass die Größe von Neubauten im Emsland im Schnitt etwa das Einhalbfache von Neubauten in Hamburg beträgt.



PARTNERPUBLIKATIONEN

HWWI, Berenberg Bank: Strategie 2030 – Vermögen und Leben in der nächsten Generation, Teil 3 „Immobilien“, Hamburg 2006.

Neue Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den AKP-Staaten und der EU

Die afrikanischen, karibischen und pazifischen Entwicklungsländer (AKP) und die Europäische Union (EU) verhandeln zurzeit neue Wirtschaftsabkommen. Sie sollen ab 2008 die bisherigen einseitigen Handelspräferenzen der EU durch Freihandelsabkommen ersetzen. Ohne einen grundlegenden institutionellen Wandel dürfte es den AKP-Ländern jedoch nicht gelingen, die erhofften Wohlfahrtsgewinne aus diesen Abkommen zu ziehen. *Von Axel Borrmann und Matthias Busse*

Die neuen Economic Partnership Agreements (EPA) sollen die AKP-Länder dabei unterstützen, sich stärker regional, inter-regional und global zu integrieren, um auf diesem Wege – in umfassender Kooperation mit der EU – der Entwicklung und Armutsbekämpfung neue Impulse zu verleihen. Die einseitigen Handelspräferenzen, welche die EU den AKP-Ländern im Rahmen der vier Lome-Konventionen sowie des derzeitigen Cotonou-Abkommens gewährte, haben dazu wenig beigetragen. Neben ihrer geringen Wirksamkeit erzwingt auch ihre WTO-Inkompatibilität eine grundlegende Änderung und zwar bis Ende 2007. Hintergrund ist die unzulässige Diskriminierung der Nicht-AKP-Länder. Seit 2004 verhandelt die EU nun mit sechs regionalen AKP-Gruppen reziproke Freihandelsabkommen.

Dass die AKP-Länder – auch die am wenigsten entwickelten unter ihnen – durch die EPAs gezwungen wären, ihre Märkte gegenüber der EU ab 2008 bis spätestens 2020 weitgehend zu öffnen, hat eine heftige internationale Debatte ausgelöst. Die öffentliche Diskussion und die Verhandlungen sind jedoch von großer Unsicherheit geprägt. In zahlreichen Studien wurde versucht, die Auswirkungen der EPAs auf Handel, Wachstum und Budgets abzuschätzen. Es gelang jedoch aufgrund der schlechten Datenlage nicht, alle relevanten Effekte und ihre Größenordnung mit hinreichender Genauigkeit und Wahrscheinlichkeit zu erfassen. Hinzu kommt die Fragwürdigkeit zentraler Grundannahmen der verwendeten Modelle, besonders die einer auch

unter den Bedingungen armer und ärmster Entwicklungsländer funktionierenden Strukturanpassung. Wie üblich wird unterstellt, dass Produktionsfaktoren, wie Arbeit und Kapital, nach ihrer Freisetzung von den nicht mehr konkurrenzfähigen Importsektoren ohne Probleme und Kosten in produktivere Exportsektoren wandern können. Dieser Anpassungsmechanismus setzt indes die Existenz und Effektivität entsprechender Institutionen voraus, die Wettbewerb und Faktormobilität sicherstellen.

Wie eine Untersuchung des Zusammenhangs von Handelsliberalisierung, Wachstum und Institutionen ergab, fehlen jedoch in der Mehrheit der AKP-Länder heute noch entscheidende Institutionen, vor allem günstige Markteintrittsbedingungen, ein effizientes Steuersystem sowie flexible Arbeitsmärkte. Während die karibischen und pazifischen AKP-Länder institutionell überwiegend noch relativ gut auf die EPAs vorbereitet zu sein scheinen, verfügen rund drei Viertel der afrikanischen AKP-Länder noch nicht über die institutionellen Rahmenbedingungen, um aus der weltwirtschaftlichen Integration im Allgemeinen und aus den EPAs im Besonderen Nutzen für ihr Wachstum ziehen zu können. Ausnahmen bilden einige Länder vor allem im südlichen und östlichen Afrika. Dieses Ergebnis spricht nicht prinzipiell gegen EPAs, vielmehr unterstreicht es die Dringlichkeit institutioneller Reformen in den AKP-Ländern als eine entscheidende Voraussetzung für ihren Erfolg.

Institutionelle Qualität der AKP-Länder nach EPA-Verhandlungsgruppen*

ECOWAS: *Benin, Burkina Faso, Kap Verde, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo*

CEMAC: *Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Republik Kongo, Äquatorialguinea, Gabun, São Tomé und Príncipe*

COMESA: *Burundi, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Dschibuti, Eritrea, Äthiopien, Kenya, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Ruanda, Seychellen, Sudan, Uganda, Sambia, Simbabwe*

SADC: *Angola, Botsuana, Lesotho, Mosambik, Namibia, Swasiland, Tansania*

CARIFORUM: *Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, St. Kitts and Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadines, Suriname, Trinidad und Tobago*

ACP Pacific: *Fidschi, Kiribati, Marshallinseln, Papua-Neuguinea, Solomon Inseln, Samoa, Tonga, Vanuatu*

* In den kursiv geschriebenen Ländern ist ein negativer, signifikanter Einfluss des Handels auf das Wachstum infolge schlechter Institutionen zu beobachten. In den übrigen Ländern liegt entweder ein signifikanter, positiver oder ein insignifikanter, positiver oder negativer Zusammenhang von Handel und Wachstum vor. Für die folgenden pazifischen AKP-Länder fehlten Daten: Cookinseln, Mikronesien, Nauru, Niue, Palau, und Tuvalu.

HWWI RESEARCH PAPER

Axel Borrmann, Matthias Busse: The Institutional Challenge of the ACP/EU Economic Partnership Agreements. HWWI Research Paper 2-3, Hamburg, July 2006.